

**Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke****Stadtplanung als Gesundheitsfaktor – wie wird Gesundheit in der Planung und Gestaltung von Quartieren mitgedacht?**

Gesundheit ist nicht nur eine Frage der individuellen Lebensweise, sondern wird maßgeblich durch unsere Lebens- und Wohnbedingungen mitbestimmt. Die Gestaltung unserer Quartiere spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Sie prägen unsere Bewegungsmuster, unsere sozialen Kontakte, unsere Umweltbelastung und somit unmittelbar unsere physische und psychische Gesundheit. Gute und bezahlbare Wohnungen, saubere Luft, Orte zum Erholen und zum sozialen Miteinander oder Angebote zur Kinderbetreuung in der Nähe sind ebenso wichtig für unsere Gesundheit wie ein ausreichendes medizinisches und pflegerisches Versorgungsangebot.

Gesundheit ist damit auch eine Frage des Wohnortes. Nicht überall sind die Bedingungen so, dass ein gutes und gesundes Leben möglich ist. Vor allem in sozial benachteiligten Quartieren gibt es mehr Lärm, schlechtere Luft, sanierungsbedürftige Häuser oder zu wenige Ärzt:innen, Hebammen oder Pflegekräfte. Wer hier lebt ist häufiger krank und hat eine geringere Lebenserwartung.

Es reicht somit nicht, wenn lediglich im Gesundheitsressort das Thema von Gesundheit und gesundheitlicher Ungleichheit adressiert wird – es braucht auch Maßnahmen in anderen Ressorts und eine ressortübergreifende Kooperation, zum Beispiel zwischen Gesundheit und Bau. Dies entspricht dem „Health in all policies“-Ansatz, den der Bremer Senat bereits in 2018 im Rahmen des Konzeptes „Zukunft Bremen 2035“ beschlossen hat. Dabei geht es darum, dass Gesundheit in allen Politikbereichen berücksichtigt wird, um gesundheitsfördernde Lebensbedingungen zu schaffen und gesundheitliche Ungleichheiten abzubauen.

Damit ein gesundes Leben für alle Menschen unabhängig vom Wohnort möglich ist, müssen gesundheitliche Aspekte bereits in den frühen Phasen der Stadt- und Quartiersentwicklung systematisch berücksichtigt werden. Eine gesundheitsfördernde Bau- und Raumplanung trägt nicht nur zur Verbesserung der Lebensqualität bei, sondern leistet auch einen wichtigen

Beitrag zur Gesundheitsprävention und -förderung und zur sozialen Gerechtigkeit.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Ansätze verfolgt das Ressort für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung aktuell, um gesundheitliche und gesundheitsfördernde Aspekte systematisch in die Stadt- und Quartiersentwicklung in Bremen und Bremerhaven einzubeziehen?
2. Wie erfolgt derzeit die Berücksichtigung gesundheitlicher und gesundheitsfördernder Aspekte bei
  - a) der Grünflächen- und Freiraumplanung,
  - b) der Lärmaktionsplanung,
  - c) der Mobilitätsplanung,
  - d) der Stadtplanung und -entwicklung,
  - e) der Erstellung von Bebauungsplänen,
  - f) bei der Vergabe von Bauaufträgen,
  - g) gegebenenfalls weiteren Planungsprozessen?
3. Wie wird bei der Stadtplanung und -entwicklung die medizinische und pflegerische Versorgung mitgedacht (beispielsweise geeignete Praxisräume)?
4. Welche Rolle spielt die Barrierefreiheit bei der Stadt- und Quartiersentwicklung?
5. Wie werden die Prinzipien einer Caring City (zum Beispiel soziale Teilhabe, Nachbarschaftsinitiativen, Sorgeinfrastruktur, Inklusion) in der Stadt- und Quartiersentwicklung berücksichtigt und konkret in der Praxis umgesetzt?
6. Inwieweit werden gesundheitliche Ungleichheiten und die Gesundheit vulnerabler Bevölkerungsgruppen im Rahmen der Stadt- und Quartiersentwicklung systematisch adressiert, und welche Maßnahmen verfolgt das Ressort für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung konkret, um gesundheitliche Belastungen, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen, zu reduzieren?
7. Welche Vorgaben bezüglich gesundheitlicher und gesundheitsfördernder Aspekte (beispielsweise ausreichend Grünflächen, Orte zum sozialen Austausch, Sorgeinfrastruktur, Barrierefreiheit oder Praxisräume) gibt es derzeit für private Investoren

im Bereich der Städteplanung und -entwicklung? Sind diese ausreichend, um gesundheitsfördernde und lebenswerte Quartiere zu fördern?

8. An welchen Stellen werden das Gesundheitsamt und gegebenenfalls weitere Akteure aus dem Gesundheitswesen in der Stadt- und Quartiersentwicklung einbezogen? Wie erfolgt die Einbindung der verschiedenen Akteure konkret?
9. Welche gesundheitsbezogenen Daten werden in der Stadt- und Quartiersentwicklung genutzt (beispielsweise Daten der Gesundheitsberichterstattung)?
10. Welche Formate des ressort- und ämterübergreifenden Austauschs und der Kooperation bestehen derzeit im Hinblick auf Stadt- und Quartiersentwicklung und Gesundheit?
11. Wie wurde/wird die Gesundheit der Menschen und ihre Gesundheitsversorgung bei neueren Quartiersentwicklungsprojekten in Bremen, beispielsweise dem Tabakquartier, der Überseestadt oder dem Hulsberg Viertel, konkret berücksichtigt?
12. Wie werden Anwohner:innen derzeit in die Planung und Gestaltung der Quartiere im Rahmen der Stadt- und Quartiersentwicklung einbezogen?
  - a) Haben Bürger:innen die Möglichkeit, bei der Planung und Gestaltung der Quartiere mitzuentcheiden?
  - b) Gibt es in Bremen vergangene, laufende oder geplante Forschungsprojekte zum Thema Stadtteilgesundheit, bei denen Anwohner:innen im Sinne der Participatory Action Research (PAR) im Forschungsprozess aktiv partizipieren, und wenn nein, sieht der Senat vor, gezielt derartige Forschung zu fördern?
13. Gibt es nach Ansicht des Senats derzeit eine ausreichende Berücksichtigung der Gesundheit und Gesundheitsversorgung bei der Stadt- und Quartiersentwicklung?
  - a) Wenn nein, was sind Ursachen/Hürden hierfür, und welche Verbesserungen sind nötig, um Gesundheit als integralen Bestandteil der Stadt- und Quartiersentwicklung zu stärken?
  - b) Plant der Senat, künftig eine stärkere Berücksichtigung solcher Aspekte, und falls ja, wie?
  - c) Wird das Thema in der Forschung an Bremer Hochschulen ausreichend behandelt, und werden entsprechende

Forschungsergebnisse in der Stadtplanung in Bremen  
berücksichtigt?

14. Sind dem Senat Beispiele für eine gelungene Berücksichtigung von Gesundheit und Gesundheitsversorgung in der Stadt- und Quartiersentwicklung bekannt? (Beispielsweise aus anderen Städten.)
  - a) Wenn ja, welche, wie erfolgt dort die Umsetzung, und sieht der Senat in diesen Beispielen Anwendungsmöglichkeiten für Bremen und Bremerhaven?

Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke